

Notizen

Ungewöhnlich scharf kritisierte Johannes Paul II. die deutsche Abtreibungspraxis. Beim Antrittsbesuch des neuen deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl, Jürgen Oesterhelt, am 18. Oktober meinte der Papst in einer Ansprache, „breite Schichten der öffentlichen Meinung“ rechtfertigten „manche Verbrechen gegen das Leben im Namen der Rechte der individuellen Freiheit“ und beanspruchten „nicht nur Straffreiheit für derartige Verbrechen, sondern sogar die Genehmigung des Staates, sie in absoluter Freiheit und unter kostenloser Beteiligung des staatlichen Gesundheitswesens durchzuführen“. Als ein Beispiel für diese Haltung nannte der Papst neben der Rechtspraxis der Abtreibung auch die sich anbahnende Diskussion um das menschenwürdige Sterben.

Der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes (DCV) äußerte sich in einer Erklärung zur sozialen Dimension der Europäischen Union. In einer anlässlich der 100. Wiederkehr der Gründung des DCV veröffentlichten Erklärung heißt es, die Europäische Union müsse auch eine „soziale Union“ sein. Eine europäische Wirtschafts- und Sozialordnung müsse so beschaffen sein, daß sich jeder einzelne wie auch alle Gruppen und Verbände nach dem Subsidiaritätsprinzip „frei betätigen und diese Ordnung mitgestalten können“. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen staatlicher (öffentlicher) Sozialpolitik und freien Verbänden und Initiativen solle im gesamteuropäischen Rahmen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Die Europäische Union solle gemeinsame Mindeststandards für die soziale Arbeit und Rahmenbedingungen für die Sozialpolitik festlegen. Die Finanz- und Gesetzgebungskompetenz für die Sozialpolitik müsse weiterhin national bzw. regional verankert werden, um eine größtmögliche Nähe zu den konkreten Problemstellungen zu gewährleisten.

Die öffentliche Reaktion auf den Trauergottesdienst für Prinzessin Diana hat nach Auffassung von Erzbischof George Carey von Canterbury gezeigt, daß die britische Gesellschaft nicht im Widerspruch zum Glauben stehe, wohl aber in vielen Fällen in Distanz zu den Ansprüchen organisierter Religion. Das Oberhaupt der Kirche von England zog daraus die Konsequenz: „Wir müssen den Menschen mehr Raum gewähren, um ihre Herzen Gott öff-

nen und sich ausdrücken zu können, und uns nicht damit zufriedengeben, ihnen einfach unsere traditionellen Rituale nach dem Motto ‚Vogel friß oder stirb‘ anzubieten.“ Wenn moderne Menschen nicht mehr im Gleichklang mit dem Leben der Kirche stünden, sei es deren Aufgabe, „Verbindungen zu den aufkeimenden Hoffnungen und Gefühlen herzustellen, die Menschen in Augenblicken der Dankbarkeit oder der Trauer mitbringen“.

Der israelische Außenminister David Levy und der Apostolische Nuntius in Israel, Erzbischof Andrea Cordero Lanza di Montezemolo, unterzeichneten – trotz einiger Reserven von palästinensischer Seite – am 10. November in Jerusalem ein Abkommen über die Anerkennung der rechtlichen Stellung der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen in Israel. Vier Jahre nach Unterzeichnung einer Grundlagenvereinbarung zwischen dem Staat Israel und dem Vatikan (vgl. HK, Februar 1994, 62 ff.) wurde damit ein weiterer Schritt in der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen vorgenommen. Kirchliche Einrichtungen in Israel – einschließlich der Gebiete unter israelischer Verwaltung – werden als juristische Personen anerkannt. Die Regelung interner Angelegenheiten bleibt der Kirche überlassen. Nicht geregelt sind bislang die wirtschaftlichen, vor allem die steuerlichen Fragen. Der israelische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Aharon Lopez, sprach vom Modellcharakter, den diese Vereinbarung auch für andere christliche Kirchen haben könne.

Zum neuen Erzbischof von Straßburg Zernannte Johannes Paul II. den angesehenen, 61jährigen Pariser Theologieprofessor Joseph Doré. Doré ist damit Nachfolger von Erzbischof Charles-Armarin Brand, der dem Papst bereits 1995 seinen altersbedingten Rücktritt angeboten hatte. Der aus Nantes stammende Doré lehrte seit 1971 am Pariser Institut Catholique Dogmatik. Von 1988 bis 1994 war er Dekan der Theologischen Fakultät. Er ist u. a. Mitglied der Internationalen Theologen-Kommission. In einer Konsultation im Zusammenhang mit der Suche nach geeigneten Kandidaten hatte man Wert darauf gelegt, daß der künftige Bischof Elsässer sein solle. Dieser Wunsch hat sich nicht erfüllt, man kann sich damit trösten, daß der neue Bischof immerhin deutsch spricht.

Einen den Status Jerusalems betreffenden Appell unterzeichneten 80 christliche Persönlichkeiten Frankreichs, unter ihnen 18 Erzbischöfe und Bischöfe (Wortlaut in: La Croix, 16.10.97). Im Mittelpunkt der Erklärung steht die Feststellung, Jerusalem müsse die „Hauptstadt der beiden Staaten sein, die Seite an Seite in diesem Land leben müssen: West-Jerusalem, die Hauptstadt Israels, und Ost-Jerusalem, die Hauptstadt des Staates Palästina“. Außerdem setzt man sich für den freien und international garantierten Zugang zu den Heiligen Stätten von Judentum, Christentum und Islam ein. Zu den Unterzeichnern gehören der ehemalige Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, Erzbischof Joseph Duval, der frühere Bischof von Evreux, Jacques Gaillot, sowie Abbé Pierre. Von jüdischer Seite wurde der Appell unterdessen als „inopportun und parteiisch“ zurückgewiesen.

Der polnische Priester Henryk Jankowski wurde wegen wiederholter antisemitischer Äußerungen seines Amtes als Pfarrer enthoben. Wie der Danziger Erzbischof Tadeusz Gocłowski mitteilte, ist die Amtsenthebung zunächst auf ein Jahr befristet. Erst unlängst hatte er in einer Sonntagspredigt gesagt, man solle es nicht zulassen, daß die „jüdische Minderheit“ in der künftigen Regierung des Landes vertreten sei. Damit spielte er auf den neuen polnischen Außenminister Bronisław Geremek an, zum Zeitpunkt der Äußerung noch Kandidat für dieses Amt. 1995 hatte er in einer Predigt geäußert, Hakenkreuz, Sowjetstern und Judenstern stünden in Zusammenhang. In den 80er Jahren war Jankowski als Seelsorger der Gewerkschaft Solidarność weit über Polen hinaus bekannt geworden.

Bei ihrer Vollversammlung in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba vom 4. bis 10. Oktober wählte die Allafrikanische Kirchenkonferenz (AACC) den ghanaischen Methodisten Kwesi Dickson zu ihrem neuen Präsidenten. Er folgt dem südafrikanischen anglikanischen Erzbischof Desmond Tutu nach, der zehn Jahre AACC-Präsident war. Dem AACC gehören 144 protestantische, anglikanische und orthodoxe Kirchen Afrikas an. Neu besetzt wurde bei der jüngsten Vollversammlung auch der Posten des AACC-Generalsekretärs durch den sudanesischen Anglikaner Clement Janda.